

Sindelfingen verpflichtet sich dem fairen Handel

Jep: M.
23.11.12

Gemeinderat beschließt, dass sich die Stadt der Kampagne „Fairtrade Towns“ anschließt – Bedenken bei FDP und CDU

VON WERNER HELD

SINDELFINGEN. Sindelfingen strebt den Titel „Fairtrade Town“ an. Das beschloss der Gemeinderat am Dienstag. Dass die Stadt bei Ausschreibungen und Beschaffungen darauf achtet, dass keine Produkte, die mit Kinderarbeit hergestellt wurden, Verwendung finden, darüber herrschte am Ende nahezu Einmütigkeit. Diese hörte aber bei der Frage auf, ob man Geschäften, Schulen, Vereinen und Kirchengemeinden Empfehlungen im Sinne des Fairtrade-Siegels machen soll.

Im Grunde genommen, sagte Hauptamtsleiter Manfred Pöschl, seien in Sindelfingen die meisten Kriterien für das Fairtrade-Siegel bereits erfüllt. Im Rathaus wird fair ge-

handelter Kaffee ausgeschenkt. Es gibt Läden, die fair gehandelte Produkte verkaufen. Auch wenn die Stadt Aufträge vergabe, würden die meisten Handwerker von sich aus darauf verzichten, Produkte anzubieten, die mit Kinderarbeit oder anderen verwerflichen Methoden erzeugt wurden. Lediglich

Knapp: „Stadt darf nicht zur Gouvernante der Bürger werden“

bei Lokalen besteht noch eine Lücke im Netz des Fairtrade in Sindelfingen.

Doch das imageträchtige Siegel kann eine Kommune nur erwerben, wenn der Gemeinderat offiziell Beschluss darüber fasst, dass sich die Stadt an der Kampagne „Fairtrade Towns“ beteiligt, und wenn er eine Steue-

rungsgruppe einsetzt, die sich bei Gewerbetreibenden, Wirten, Schulen, Vereinen, Kirchen und Medien für die Verbreitung der hehren Idee einsetzt.

Das aber passt nicht allen Stadträten. „Die Stadt selbst soll sich anständig verhalten, aber sie darf wegen des Marketing-Gags der Fairtrade-Organisation nicht zur Gouvernante ihrer Bürger werden“, wandte sich Andreas Knapp (FDP) gegen einen Teil des Beschlussvorschlags der Verwaltung. Die Bürger müssten nach einem öffentlichen Diskurs in eigener Verantwortung entscheiden, wie sie's mit dem fairen Handel halten. Auch in der CDU-Fraktion, bekannte Fraktionschef Walter Arnold, gebe es „große Bedenken“, ob Gewerbebetriebe durch den Vorstoß nicht zu sehr eingeschränkt würden.

Die Freien Wähler sahen die Sache nicht so verbissen. „Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Was wir jetzt vorhaben, sehen wir als Einstieg“, sagte Fraktionschefin Ingrid Balzer. Helmut Schmidt (SPD) sprach von „Einstieg und Verpflichtung“. Richard Pitterle (Linke) sieht die Sache nüchtern: „Wir werden dadurch die Kinderarbeit nicht abschaffen, aber das Bewusstsein für dieses Problem schärfen.“

Die Grünen waren froh und dankbar, dass die Verwaltung den Antrag, den sie vor zwei Jahren eingereicht hatten, endlich in eine Beschlussvorlage gegossen hat. „Die Kriterien für das Fairtrade-Label sind in Sindelfingen erfüllt – außer vielleicht bei den Restaurationsbetrieben“, bekräftigte Karoline Hassler.